

Bischofskonferenz: Spannungen nehmen zu

Was lange diskutiert wurde, beschlossen die deutschen Bischöfe auf ihrer Herbstvollversammlung in Fulda: die Arbeitsstelle Jugendseelsorge der Bischofskonferenz und der BDKJ sollen personell und institutionell stärker entflochten werden. Aber auch darüber hinaus nehmen, wie sich in Fulda zeigte, Spannungen in der Kirche in Deutschland gegenwärtig zu.

Selten wurde in den letzten Jahren eine Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz mit solcher Spannung erwartet wie die diesjährige Herbstvollversammlung in Fulda. Sowohl einige Punkte der Tagesordnung (Jugendpastoral u. a.) als auch die sich abzeichnende Entwicklung zwischen der Glaubenskongregation und den Bischöfen der Oberrheinischen Kirchenprovinz zur Frage des kirchlichen Umgangs mit wiederverheirateten Geschiedenen ließen die Herbstvollversammlung zum Auftakt eines „heißen Herbstes“ in der Kirche in Deutschland werden.

Wird die verbandliche Jugendarbeit geschwächt?

Zu einer einschneidenden Entscheidung kam es auf einem Gebiet, das seit langem zu den Dauerbrennern unter den Beratungsthemen von Vollversammlungen der Deutschen Bischofskonferenz gehört. Die Bischöfe entschlossen sich zu einer – wie es im Presstext bewußt vage heißt – „Entflechtung bzw. Trennung“ der in Düsseldorf ansässigen Arbeitsstelle für Jugendseelsorge und der Bundesgeschäftsstelle des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). Pfarrer Rolf Peter Cremer, bisher sowohl BDKJ-Präsident als auch Leiter der Arbeitsstelle Jugendseelsorge der Bischofskonferenz, wurde zum 1. Oktober 1994 von der letzteren der beiden Positionen entbunden. Zugleich entpflichteten die Bischöfe Pfarrer

Cremer und die BDKJ-Bundesvorsitzende Karin Kortmann von ihrer Funktion als Berater der Jugendkommission der Deutschen Bischofskonferenz.

Wegen einer Unterschriftenaktion gegen das Apostolische Schreiben „*Ordiatio Sacerdotalis*“, die der BDKJ auf dem Dresdner Katholikentag abgehalten hatte, sprach die Bischofskonferenz dem BDKJ gegenüber eine „*förmliche Mißbilligung*“ aus. Die Bischöfe reagierten deshalb so empfindlich in dieser Frage, weil man – wie Bischof Lehmann vor Journalisten betonte – im Vorfeld der auch *innerhalb der Jugendverbände nicht unumstrittenen Aktion* gerade kein förmliches Verbot ausgesprochen hatte. Auf wenig Gegenliebe war bei zahlreichen Bischöfen auch der sogenannte „*Demokratieförderplan für die katholische Kirche in Deutschland*“ gestoßen, den die BDKJ-Hauptversammlung Ende April verabschiedet hatte.

So wenig neu der Vorschlag einer Entflechtung bzw. Trennung von kirchenamtlicher und verbandlicher Jugendarbeit auch ist, in der Öffentlichkeit entstand der Eindruck, bei dieser Entscheidung handele es sich in erster Linie um eine *Strafaktion der Bischöfe gegen eine umstrittene Unterschriftenaktion*, eine Einschätzung, die der Sachlage nicht gerecht wird, selbst wenn einige derjenigen Bischöfe, die diese Entwicklung aufs entschiedenste betrieben haben, diesen Eindruck keineswegs bedauern dürften.

Zum Hintergrund der Bischofsentscheidung gehört sowohl der seit längerem bestehende Trend einer deutlicheren *Unterscheidung zwischen und größerer Eigenständigkeit von kirchenamtlicher Jugendseelsorge einerseits und verbandlicher Jugendarbeit andererseits* als auch die sich verändernde Stellung des BDKJ im Verhältnis zu seinen Mitgliedsverbänden. Im Frühjahr 1995 läuft die vor fünf Jahren lediglich ad experimentum erlassene Ordnung der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Bischofskonferenz aus. Die Bischöfe beauftragten ihre Jugendkommission (Vorsitzender: der Magdeburger Bischof Leopold Nowak), zur Frühjahrsvollversammlung 1995 den Entwurf einer überarbeiteten Ordnung der Arbeitsstelle vorzulegen. In den kommenden Monaten wird es darauf ankommen, wie die im Grundsatz beschlossene Entflechtung bzw. Trennung im Detail strukturell umgesetzt wird. Im Mittelpunkt steht dabei die weitere Zukunft des gemeinsam von der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz und dem BDKJ getragenen „*Jugendhauses Düsseldorf*“. Eine zentrale Frage wird dabei sein, inwieweit die künftige Entwicklung eine nachhaltige Schwächung verbandlicher Jugendarbeit und der von der Würzburger Synode betonten diakonischen Dimension von Jugendpastoral begünstigt oder nicht. Unklar ist auch, ob und wenn ja welche Konsequenzen eine Entflechtung bzw. Trennung auf überdiözesaner Ebene in den Diözesen haben wird.

Wie immer eine zukünftige Lösung im einzelnen aussehen wird, den Bischöfen ist durchaus bewußt, daß der nun eingeschlagene Weg nicht unbedingt kostengünstiger als frühere Regelungen sein wird. Schon aus finanziellen Gründen legt sich andererseits auch in Zukunft eine *enge Kooperation beider Institutionen* nahe. Sieht man von einigen kleineren Gruppen ab, wird sich eine hinkünftig eigenständigere bischöfliche Arbeitsstelle immerhin mit denselben Jugendlichen befassen wie der BDKJ und die ihm angehörenden Verbände. Käme es zu dieser engen

Zusammenarbeit nicht, könnte die gerade von manchem Gegner des BDKJ beklagte Bürokratisierung der Jugendpastoral eher noch zu- als abnehmen. Die empfindliche Reaktion der Bischöfe auf die BDKJ-Aktion zu „*Ordiatio Sacerdotalis*“ (OS) steht ansonsten in einem gewissen Spannungsverhältnis zu dem, was sie selbst zu diesem päpstlichen Schreiben verlauten ließen. Obwohl der Ständige Rat zunächst beschlossen hatte, daß man sich zu OS nicht äußern werde, der Apostolische Nuntius indes eine unterstützende Erklärung angekündigt hatte, veröffentlichten die Bischöfe in Fulda eine Erklärung zu dem Apostolischen Schreiben, das unschwer erkennen läßt, daß auch zahlreiche Bischöfe über dieses Papstschreiben *keineswegs glücklich* sind.

Die Bischöfe nennen „*Ordiatio Sacerdotalis*“ einen „hilfreichen Text“

In diesem Text sprechen die Bischöfe nicht nur davon, daß man wisse, wie sehr OS „manchen Frauen und Männern in unserer Kirche Schwierigkeiten bereitet. Die Argumente in den Erklärungen des kirchlichen Lehramtes (...) und auch in der theologischen Fachdiskussion erscheinen ihnen nicht einleuchtend oder hinreichend“. Die Bischöfe ringen sich nicht dazu durch, die Veröffentlichung von OS zu *begrüßen*, sondern vermögen in dem päpstlichen Schreiben lediglich eine „hilfreiche Klärung“ zu erblicken. Ansonsten unternehmen sie die schwierige Gratwanderung, einerseits mancherlei überzogene bzw. unsachgemäße Kritik an OS zurückzuweisen, sich andererseits aber inhaltlich *nicht wirklich voll hinter OS zu stellen*.

Daß die „Auslegung der Heiligen Schrift im Licht der kirchlichen Tradition und des Glaubensbewußtseins der Kirchen aller Jahrhunderte“ für die Kirche „verbindlich“ ist; daß die Kirche „nicht nach Belieben handeln“ kann; daß die Kirche „mit der Entscheidung des Papstes ... nicht willkür-

lich Macht ausübt“; daß der Papst mit OS „kein neues Dogma verkünden“ wollte; daß die Nichtzulassung zur Priesterweihe... keine Diskriminierung der Frau“ bedeutet – mit diesen Aussagen schließen die Bischöfe im letzten eben doch nicht aus, daß sich die Kirche in der Ordinationsfrage eines Tages anders entscheiden wird bzw. kann, als es der Papst in OS tat. So bezeichnen sie das Schreiben auf der einen Seite als „bindend“, auf der anderen Seite sagen sie aber auch, daß „das Gespräch über diese Fragen ... nicht abgebrochen werden (darf)“ – wozu sonst, wenn nicht mit dem Ziel, Lösungen zu finden, bei denen ein Abweichen von „*Inter insigniores*“ und „*Ordiatio Sacerdotalis*“ zumindest nicht von vornherein ausgeschlossen wird?

In zwei weiteren Tagesordnungspunkten der Herbstvollversammlung wird man erst ausstehende Veröffentlichungen abwarten müssen, bevor man sich ein umfassendes Bild machen kann. So verabschiedeten die Bischöfe zum einen den *zweiten, ethischen Teil des Erwachsenen Katechismus*. Die Kleruskongregation, in deren Zuständigkeitsbereich dies fällt, hat mit Schreiben vom 28. Juni 1994 die Approbation ausgesprochen. Bei der Pressekonferenz wies Bischof Lehmann ausdrücklich darauf hin, daß es in der Vollversammlung *nicht um inhaltliche Veränderungen* gegangen sei. Es habe lediglich die Einarbeitung von Verweisen auf zwei „hilfreiche“ Texte angestanden, die in der Zwischenzeit erschienen sind, den „Katechismus der katholischen Kirche“ und die Enzyklika „*Veritatis splendor*“. Der zweite Teil des Katechismus soll im Frühjahr 1995 erscheinen. Seit dem Erscheinen des ersten Teils 1985 werden dann *zehn Jahre* vergangen sein.

Bereits im November soll der erste Entwurf des Wortes der beiden großen Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ veröffentlicht werden, nachdem im Sommer versucht worden war, die Veröffentlichung einer früheren, durch Indiskretion bekannt gewordenen Fassung des Schreibens für den damals beginnenden Wahlkampf zur Bundes-

tagswahl zu instrumentalisieren. Von den Bischöfen wurde in Fulda u. a. eine stärkere Berücksichtigung der Prinzipien der Katholischen Soziallehre sowie die Darstellung verbreiteter Phänomene „der Auflösung sittlicher Normen und moralischer Verhaltensweisen“ angemahnt. Den Grundtext hatte eine evangelisch-katholisch besetzte achtköpfige Arbeitsgruppe verfaßt. Mit der Veröffentlichung der Endfassung des Wortes der beiden Kirchen wird frühestens für das Frühjahr 1995 gerechnet.

Dialog entspricht der „Provokation des Evangeliums“

Überschattet wurde die Herbstvollversammlung von einem Thema, mit dem die Bischöfe sich lediglich außerhalb der Tagesordnung befaßten: das Schreiben der Glaubenskongregation zum Kommunionempfang von wieder-verheirateten Geschiedenen als Antwort auf den Hirtenbrief und die „Grundsätze“ der drei Bischöfe der südwestdeutschen Kirchenprovinz vom vergangenen Jahr (vgl. HK, September 1993, 460 ff.; vgl. ds. Heft, 545 ff., 565 ff.). Die Bischöfe Saier, Lehmann und Kasper informierten über Verlauf und Inhalt der Gespräche der letzten zwölf Monate in Rom zu diesem Thema. Nachdem sich einige deutsche Bischöfe bereits zu einem früheren Zeitpunkt mehr oder weniger ausdrücklich hinter Hirtenwort und „Grundsätze“ der drei Bischöfe gestellt hatten, erhielten die drei, wie zu hören war, auch in Fulda wenn auch nicht einhellige, so doch deutliche Unterstützung für ihr Anliegen.

Wie der Versuch, sich in schwierigen, weil spannungsreichen Zeiten um den kommunikativen Kitt innerhalb der Kirche in Deutschland zu kümmern, nahm sich das Eröffnungsreferat des Konferenzvorsitzenden aus (Thema: „Vom Dialog als Form der Kommunikation und Wahrheitsfindung in der Kirche heute“). Äußerer Anlaß war die Veröffentlichung der Enzyklika

„Ecclesiam suam“ Pauls VI. vor 30 Jahren (vgl. HK, September 1964, 567ff.). Bischof Lehmanns Text liest sich – auch wenn der Autor diese Verbindungen zu aktuellen Diskussionen in der Pressekonferenz als von ihm nicht beabsichtigt hinstellte – wie ein Kommentar zu den Vorgängen, die gegenwärtig innerhalb der Kirche in Deutschland wie im Verhältnis zum Apostolischen Stuhl und zum Papst die Gemüter erhitzen. Den von Paul VI. eingeforderten Dialog mag Lehmann nicht als „Ausdruck einer modischen Zeiterscheinung“ begreifen, sondern sieht ihn der „Provokation des Evangeliums“ entspringen.

Sowohl in bezug auf das Verhältnis von Kirche und moderner Welt als auch im Zusammenhang mit der Wahrheitsfindung im Glauben reklamierte Lehmann mit einem Wort von

Bernhard Hansler Dialog als ein „Ferment einer sich wandelnden Kirche“, als „einzige Methode“, wie mit der „konkreten Vielfalt und den unvermeidlichen Pluralitäten umgegangen werden“ könne. Dialog sei keine „relativ beliebige Stilfrage“, sondern eine „Lebensfrage für Kirche und Gesellschaft“: „Die göttliche Offenbarung hat selbst eine dialogische Gestalt“. Ohne im einzelnen darauf einzugehen, erwähnte Lehmann mehrfach positiv das sogenannte Dialogpapier des *Zentralkomitees der deutschen Katholiken* (vgl. HK, November 1992, 497ff.; August 1994, 394). Der Bischof von Mainz setzte mit dem Eröffnungsreferat einen deutlichen Gegenakzent gegen mancherlei beliebte Zeitgeist- und Modernitätsschelte, wie sie gegenwärtig innerkirchlich vielerorts Konjunktur hat.

K. N.

Österreich: Wahlschock und „Koalition neu“

Die Nationalratswahlen vom 9. Oktober haben die politische Landschaft in Österreich kräftig durcheinandergewirbelt. Auf Kosten der Sozial- und Christdemokraten legte die Opposition zu; vor allem gegen den Populisten Jörg Haider scheint kein Kraut gewachsen.

„Koalition neu“ – das ist das Motto, mit dem Österreich die große Koalition der christdemokratischen Volkspartei und der Sozialdemokraten die Folgen der verheerenden Wahlniederlage am 9. Oktober überwinden möchte. Die Koalitionsparteien stürzten von 93 Prozent aller gültigen Stimmen im Jahr 1979 auf 84,4 Prozent im Jahr 1986 und schließlich bei den jüngsten Wahlen auf 63 Prozent aller Stimmen ab. Damit haben die Koalitionsparteien die Zweidrittelmehrheit im Parlament verloren, so daß sie bei Verfassungsgesetzen die Unterstützung anderer Parteien benötigen.

Die Volkspartei hat unter dem Eindruck dieser Niederlage die alte Idee des „koalitionsfreien Raumes“ hervor-

geholt und dafür plädiert, daß sich die Koalition in Zukunft nur noch auf einige der wichtigsten Themen und Inhalte einigen sollte, während sich bei anderen Problemen die Koalitionsparteien um die Unterstützung anderer Parteien im Parlament bemühen sollten. Auf diese Weise soll außerhalb der im Koalitionspakt festgeschriebenen Grundsätze ein „freies Spiel der Kräfte“ ermöglicht werden. Schon in den vergangenen Jahrzehnten waren bei Koalitionskrisen immer wieder derartige Ideen aufgetaucht, die allerdings regelmäßig scheiterten.

Von sozialdemokratischer Seite wurde bereits in aller Deutlichkeit erklärt, daß sie den Vorschlag eines „koalitionsfreien Raumes“ für eine Illusion

halte. Für diese Position der Sozialdemokraten ist gewiß ausschlaggebend, daß es nach dem Wahlausgang vom 9. Oktober im Nationalrat eine knappe rechnerische Mehrheit von ÖVP und FPÖ gibt, während den Sozialdemokraten selbst unter Hinzurechnung der Liberalen und der Grünen keine Mehrheit zur Verfügung steht. Ein „freies Spiel der Kräfte“ würde somit ausschließlich der ÖVP zugute kommen, was die SPÖ aus verständlichen Gründen strikt ablehnt.

Schattenseiten der Proporzdemokratie

Schon dieser rauhe Beginn der „Koalitionsreform“ läßt erkennen, wie schwierig sich die Regierungsverhandlungen in den nächsten Wochen gestalten; wie lang und zäh sie sich dahinschleppen werden. Eine Reform an Haupt und Gliedern, die die durch Proporzwirtschaft erstarrte und verkrustete österreichische Demokratie nötig hätte, scheint somit unter den gegebenen Umständen kaum erreichbar zu sein.

Das freilich ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere läßt Österreich in einem ganz anderen Licht erscheinen: Als ein Land, das erst im Juni trotz aller demagogischen Parolen mit einer fulminanten Zweidrittelmehrheit für den Beitritt zur Europäischen Union votierte; als ein Land mit einer traditionell niedrigen Inflations- und Arbeitslosenrate; als ein Land mit einer hohen Produktivität und einer blühenden Exportwirtschaft; als ein Land mit relativer Sicherheit, in der man nach wie vor sogar abends gefahrlos auch in Nebenstraßen und Parks spazieren gehen kann.

Diese *seltsame Doppelgesichtigkeit Österreichs* ist genau der Punkt, der im zunehmenden Maß viele Wähler vergrämt. Denn die unzweifelhaften Vorzüge des österreichischen politischen Systems werden im Alltag vieler Bürger allzu sehr von den Schattenseiten der Proporzdemokratie überfrachtet. An erster Stelle bilden dabei die un-